

# Brauer-Zeitung.

Offizielles Organ aller organisirten Brauereiarbeiter.

Alle Briefe sind zu adressiren an G. Bauer; — alle Geldsendungen sind zu richten an S. Kagerl; — Ver- sammlungsberichte und alles die Zeitung Betreffende sind zu richten an F. Krieg, sammtlich in Hannover, Burgstraße 9, 1. Etage.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1277. Redaktion: F. Krieg, Hannover. Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mk., für das Ausland 2 Mark pro Quartal. Inzerate kostet die sechsgespaltene Petitzeile 20 Pfg.

Vorsitzender des Ausschusses: W. Richter, Berlin, Christ- burgerstraße 26. — Vorsitzender der Rechtschutz-Kommission: Seb. Saut, Frankfurt a. M., Quirinstraße 5, 3. Etage. — Vorsitzender der Preis-Kommission: K. Schäfer, Linden- Hannover, Marthastraße 1, 2. Etage.

Nr. 51.

Hannover, den 22. Dezember 1899.

9. Jahrgang.

## Zur Beachtung!

Der Feiertage wegen wird die Nummer 52 der Brauer-Zeitung einen Tag später expedirt.

## Bestehendes und werdendes in der schweiz. Gewerkschaftsbewegung.

II.

Wir wenden uns nun der Frage nach dem Organisationsystem zu. Im Mittelpunkt der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung steht der Gewerkschaftsbund und nimmt vom ganzen Gewerkschaftsraume den größten Theil ein. Der statutarischen Bestimmung nach soll sich diese systematische Zusammenfassung aller Berufsverbände und lokalen Gewerkschaften zu einem Bunde in der Aufgabe erschöpfen, eine „einheitliche Leitung aller den Lohnarbeitern gemeinsamen Interessen“ herbeizuführen und auszuüben. Bei diesem ursprünglichen System ist man nicht stehen geblieben, sondern man hat es fortentwickelt und bis zum heutigen Tage eine „Leitung, Vertretung und Wahrung aller Interessen der Lohnarbeiter (incl. der Berufsinteressen)“ daraus zu machen gewußt! Die Fortentwicklung dieses Systems zu einer derart Alles umfassenden Zentralgewalt, die in die Hände eines Bundeskomitees gelegt worden ist, ist nun vor Allem auf Kosten der inneren und äußeren Entwicklung der Berufs-Zentralverbände, auf Kosten ihres Ansehens und ihrer wirtschaftlichen Macht betrieben worden. Dies ist denn auch einer der Gründe, aus denen heraus die schon so oft betragte „Inhalts- und relative Bedeutungslosigkeit mancher Berufsverbände“ beklagt worden ist.

Zu welchen Zuständen hat nun das Auswachsenlassen jener unbeschränkten Zentralherrschaft geführt? Wir sehen da, daß die Verbände bezw. Zentralvorstände derselben auf jenem wichtigen Aufgabengebiete, das sich durch die Lohnbewegungen, Streiks, Ausperrungen zc. entwickelt hat, und wo taktische Geschicklichkeit und ein tiefer Blick in die Berufsverhältnisse erforderlich ist, fast gar nichts zu sagen und nichts zu thun haben. Einmal fehlt es an einem positiven Recht hierzu und andererseits stellt ihnen das herrschende System allerlei Schwierigkeiten in den Weg. Zudem aber leidet unter diesem Anachronismus die Ausgestaltung bestehender Einrichtungen und erschwert die Einführung solcher, die geeignet wären, den Verbänden einen größeren Zuwachs zuzuführen und den alten Mitgliederstand sowohl wie den Zuwachs aus Innigkeit für den Verband zu interessiren und an ihn zu binden.

Auch A. Stead, der vor kurzem dem Schooß der Erde übergeben worden ist, hat vor einiger Zeit im „Archiv für soziale Gesetzgebung“ und in anderen Zeitschriften sich ebenfalls sehr kritisch über das herrschende Bundesystem ausgesprochen. Er sagte u. A.: „Wer freilich in dem allgemeinen Gewerkschaftsbund die Hauptsache sieht und die beruflichen Zentralverbände eigentlich als unnötige Hindernisse einer strammen Bundesleitung empfindet, der wird eben über dieses System anders denken. . . . Die Parole des schweizerischen Gewerkschaftlers sollte sein: vor Allem starke, möglichst alle Berufsgruppen gleicher oder verwandter Art zusammenfassende Berufsverbände, und erst in zweiter Linie ein Schutz- und Trutzbündniß derselben zu vereinigter Macht gegenüber den Herren der Arbeit und des Kapitals. Stead bezeichnet als erste Bedingung zum erfolgreichen gewerkschaftlichen Kampf im Gegenjag zu den Vertretern des gegenwärtigen Systems, die diese vor Allem in einem Gewerkschaftsbund sehen, eine vollständige Berufsorganisation, denn so lange ein hinreichend großer Theil der Arbeiter eines Berufes nicht dem Berufsverbande angehört und nicht mit ihm geht, nützt auch die allergrößte Zahl von Helfern aus anderen Berufsarten nichts. Jeder Beruf muß zunächst für sich selber einstehen können und die nötige gewerkschaftliche Macht besitzen, sonst sind Opfer, welche die ganze übrige im Bunde vereinigte Arbeiterschaft für einen kämpfenden Theil bringt, einfach nutzlose Verschwendung.“

Das alles mag den Kollegen in anderen Ländern als selbstverständlich erscheinen, allein bei uns in der Schweiz gehört derjenige, der solche Gedanken ausspricht, zu den Aheern. Alles, was Stead da gesagt hat, ist

auch der naturgetreue Abdruck aller derjenigen Lehren, die wir aus dem großen Boykottkampf vor drei Jahren haben ziehen können. —

Die Berufsverbände gehen heute nach Lage der Dinge fast vollständig auf in der Beschaffung der Steuermittel, die dieselben an den Bund abzuführen haben. Agitation, Organisation, Errichtung von Unterstützungseinrichtungen, Veranstaltung von Vortragsstunden usw., das alles kommt erst in zweiter oder dritter Linie, oder aber es unterbleibt gänzlich. Wegen dieser Verhältnisse, die vor Allem Folgen der Ueberspannung der Zentralgewalt sind, krankt unsere Bewegung und leiden unsere Verbände Noth.

Hier gilt es nun die bessernde Hand anzulegen und Raum zu schaffen, damit die Verbände von aller Zwängerei und Beengung befreit werden. Das Schwergewicht gehört in die Verbände und um es dahin bringen zu können, muß der Bund in föderalistischer Weise umgeformt und dabei eine richtige Ueber- Bei- und Unterordnung der verschiedenen Organisationen durchgeführt werden. Diese derart betriebene Reorganisation muß von dem Grundprinzip geleitet sein, aus den so stiefmütterlich behandelten Verbänden eine Organisation erster Ordnung, aus dem Bund eine solche zweiter Ordnung und aus lokalen Arbeiterunions eine solche dritter Ordnung zu machen.

Der Statutentwurf des Arbeitersekretärs Grentlich, der denselben für den Gewerkschaftsbund ausgearbeitet hat, enthält nun erfreulicherweise einige der Grundgedanken, die wir zuvor ausgesprochen haben.

So bestimmt der § 5, daß den Berufsverbänden ihre volle Selbstständigkeit in ihrer inneren Verwaltung und in der Wahrung ihrer Berufsinteressen gegeben werden soll. Ihr Zusammenschluß zu einem Bunde bezweckt nur eine einheitliche Leitung und ein einiges Zusammenstehen der ganzen organisirten Arbeiterschaft zu gegenseitiger Hilfeleistung. In Voraussetzung des Umstandes, daß nach Lage der Dinge sich eine volle Selbstständigkeit der Verbände nicht mit einem Mal herbeiführen läßt, und daß Kämpfe entstehen können, für die ein Verband in Folge der jahrelangen Ausnutzung seiner Finanzkraft durch den Bund die Unterstützungsmittel nicht allein beschaffen kann, wird in §§ 21 und 22 im Abschnitt „Taktik“ bestimmt, daß jeder Verband bei seinem Eintritt in den Bund, bezw. bei Konfliktfällen von vornherein zu erklären hat, ob der Zentralvorstand zunächst unterhandeln, oder aber ob dies sofort dem Bundeskomitee übertragen werden soll.

Hier ist nun der Anknüpfungspunkt für die Verbände, von dem sie ausgehen und entsprechend ihrem Können und dann entsprechend ihrem Wachsen sich zu immer größerer Selbstständigkeit emporarbeiten können.

Je nach dem Können und der Finanzlage des Verbandes wird eben der eine Verband sich bei Konfliktfällen, wobei 40, 50 oder 60 Mann in Betracht kommen, die Priorität des Eingreifens und des Handelns zu wahren wissen, der andere dürfte schon bis auf Konflikte mit 70, 80 oder 90 Mann gehen.

In denjenigen Fällen nun, wo bei einem Konflikt mehr als 100 Mann in Betracht kommen, soll nach Statut das Bundeskomitee ohne Weiteres eingreifen. In dieser Bestimmung sind also die Kämpfe inauguriert, die mehr Mittel zur Unterstützung erfordern, als ein Verband allein auszubringen vermag. Sie ist aber mit Bezug auf die stipulirte Zahl ebensowenig absolut, als die vorher zitierte, d. h. sie wird dem Selbstständigkeits- sinn und was damit Hand in Hand geht, dem zunehmenden Verantwortlichkeitsbewußtsein der Verbandsleitungen ohne Weiteres nachgeben müssen, sobald beides den notwendigen Reifegrad erreicht haben wird.

Wenn sich also die Verbände, einschließlich die Brauer-Union, bemühen werden, in voller Erkenntniß dieser Neuordnung zu handeln und es mehr und mehr verstehen lernen, die ihnen gegebene Freiheit auszunützen, und wenn sie ferner Vorsorge zu treffen wissen für alle die unglücklichen Lebenslagen, in die die Mitglieder ihrer Verbände kommen können, dann wird eine neue Ära in der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung anbrechen, in der alle die Hoffnungen in Erfüllung gehen werden, die man an seine Berufsorganisation und an die allgemeine Gewerkschaftsbewegung geknüpft hat.

## Breslau.

Unser Austausch und unsere Agitation in Breslau hat, wie zu erwarten stand, schnelle Erfolge gezeitigt. Die Brauereien haben den Monatslohn zum 1. Januar von 80 auf 100 Mark erhöht. Die Brauereien sind also dem Beispiele des Herrn Haase gefolgt, der schon vorher 90 Mk. zahlte. Einige der Herren Besitzer haben Herrn Haase sehr gegrollt, weil er so schnell mit dem Erhöhen des Lohnes vorgegangen ist und auch gleich, nach ihrer Ansicht, so hoch. Doch an den Thatfachen war nichts mehr zu ändern, man mußte schon gute Miene zum bösen Spiel machen, da ein Sträuben angesichts des so niedrigen Lohnes und der veränderten Verhältnisse ihnen nicht lange genügt hätte. Denn es ist nun heute einmal nicht anders, man muß heute auch immer so ein „bischen“ Rücksicht auf die Abnehmer des Produkts nehmen. Wir denken da beileibe nicht gleich an einen Krieg, nur ist es erfreulicher Weise einmal Thatsache, daß die organisirten Arbeiter den jedenfalls, bezw. sein Produkt, nicht bevorzugen, welcher seine Leute am schlechtesten bezahlt, am schlechtesten behandelt und am längsten arbeiten läßt, oder gar sie in ihrer Ueberzeugung und Bewegung beschränkt.

So lange hat sich freilich die organisirte Arbeiterschaft von Breslau um die Verhältnisse in den Brauereien nicht gekümmert, weil keine organisirten Brauer dort beschäftigt waren, jetzt hat die Geschichte eine andere Wendung genommen.

Der Anfang ist gut und freuen wir uns aufrichtig, daß den Breslauer Kollegen endlich einmal nach langen Jahren des Hoffens und Harrens eine Verbesserung zu Theil wurde, wenn auch nur ein kleiner Theil erst Mitglieder unserer Zahlstelle sind, der sie diese Verbesserung zu verdanken haben. Sie hatten gehofft, sie hatten geharrt, man hat sie geäfft, gesoppt und genarrt. Geäfft und genarrt sind sie lange genug worden, doch nun der „Verband“ dort Wurzel gefaßt hat, ist auf einmal „Leben in die Bude“ gekommen; was so lange nicht ging und was, wir behaupten es dreist, sich wohl kaum ein Kollege von Breslau, der nicht dem Verbande angehört, hat träumen lassen, ist jetzt auf einmal zur Thatsache geworden.

Doch sind wir damit, wir sagen es gleich offen, noch keineswegs „zufrieden“. Wir sind nun einmal so eine „unzufriedene“ Gesellschaft und wir finden darin unsere „Herren und Meister“ in den Brauereibesitzern selbst; denn diese sind unzufriedener als wir: sie streben nach immer größerem Absatzgebiet und nach immer größerem Gewinn. Deshalb streben wir auch nach immer besseren Verhältnissen.

Vor allen Dingen ist unser Ziel eine geregelte zehnstündige Arbeitszeit und äußerste Beschränkung bezw. gänzliche Abschaffung der Sonntagsarbeit.

Was in anderen Städten durch den Verband bewerkstelligt wurde, ist in Breslau sicher auch möglich. Außerdem haben wir auch noch andere Wünsche zum Schutze und im Interesse der Kollegen, welche wir, wenn die Nothwendigkeit hervortritt, äußern und hoffentlich auch durchführen werden.

Wir glauben kaum, daß ein Kollege in Breslau ist, der nicht der zehnstündigen Arbeitszeit und Abschaffung der Sonntagsarbeit seine Zustimmung gäbe. Wir wissen dies und weil wir dieses wissen, so irren wir auch nicht, daß die Kollegen danach streben werden. Da die Herren Brauereibesitzer aber schon mit der Lohnerhöhung ihr Bestes gethan zu haben glauben, so wird die Erreichung dieses Zieles wohl eine ernste Berathung kosten, als wie sie gegenwärtig bei der Lohnerhöhung, — unter der Angst vor dem „Verband“, und in dem einzigen Bestreben, den „Unzufriedenen“ nicht die Thore zu öffnen — gepflogen wurde. Deshalb zweifeln wir auch nicht an der Erkenntniß der Nothwendigkeit der Kollegen in Breslau, dem Verband beizutreten, da ernstere Dinge durchzuführen berufen ist und es auch ausführen wird.

Deshalb, Kollegen von Breslau, es ist nach wie vor eure Pflicht, Mitglieder des Zentralverbandes der Brauer zu werden, dem ihr diese Verbesserungen verdankt und der auch weitere Verbesserungen im angeedeuteten Sinne schaffen wird. In eurem eigenen Interesse liegt es. Je früher, desto besser, desto zeitiger der Erfolg. Und je zahlreicher der Beitritt ist, desto sicherer der Erfolg. Die Zahlstelle wächst von Woche zu Woche. Die Furcht vor Maßregeln ist un-





